

Die deutsche Wirtschaft in Gefahr

Der Kampf um die schnelle Berufung der Nationalversammlung ist gewiß von höchster Bedeutung. Die Diktatur mag, wie die Dinge liegen, augenblicklich ein notwendiges Übel sein. Aber sie bleibt ein Übel, das schnell beseitigt werden muß. Die Demokratie als Grundlage des Staatswesens allein kann als eine glückliche Ablösung des alten Systems angesehen werden.

Wenn weite Kreise des deutschen Volkes sich mit den diktatorischen Gewalten vorläufig abgefunden haben und sie bis zur Einberufung der Nationalversammlung widerspruchslos herrschen lassen wollen, so geschieht das in der Hoffnung, daß in den Händen der Arbeiterräte und der sechs von ihnen eingesetzten Kabinettsmitglieder auch wirklich die Macht liegt. Vor allem die Macht, das wirtschaftliche Leben des Landes in diesen schwierigen Zeiten aufrecht zu erhalten.

Man beginnt daran zu zweifeln, daß es so ist. Gewisse Ereignisse der letzten Zeit lassen die bange Furcht aufsteigen, daß die Wirtschaftsmaschine ins Stocken gerät. Vor allem steht die Kohle not vor der Tür. Aus dem rheinischen, insbesondere jedoch aus dem ober-schlesischen Kohlenrevier laufen böse Nachrichten ein. Die Arbeiter, die dort sehr hohen Schichtlohn bei sechsstündiger Schicht verlangen, drohen trotz aller Beschwichtigungsversuche und obwohl die Neigung besteht, ihre Forderungen zu bewilligen, mit dem Streik. Die Gründe dafür sind aus den verschiedensten Mitteilungen nicht klar erkennbar. Möglich, daß polnische Agitation, möglich, daß Aufwiegung bolschewistischer Elemente dabei im Spiele ist; aber die Gründe sind gleichgültig. Allein wichtig ist die Tatsache: es wird nichts gefördert, und die Vorräte, die vorhanden sind, reichen für die Versorgung der Großstädte, insbesondere Berlins, nur noch eine kurze Zeitspanne. Es braucht nicht gesagt zu werden, was das Aufhören der Kohlenzufuhr nach Berlin bedeuten würde. Die Versorgung der Haushalte mit Gas müßte aufhören, die Elektrizitätswerke und der größte Teil der industriellen Unternehmungen würden zum Stillstand gezwungen sein.

Die Lage der Berliner Industrie ist, ebenso wie die vieler Unternehmungen im Lande, sehr eigenartig: der hohe Lohn der Arbeiter muß zum Teil für sechsstündige Arbeitszeit gezahlt werden. Von dieser Arbeitszeit aber geht noch durch die begreiflicherweise angeregte politische Tätigkeit der Arbeiter, insbesondere durch zahlreiche Versammlungen, ein gut Teil verloren. Die materiellen Opfer der Werte wachsen dadurch ins Grenzenlose. Wenn sie gezwungen sein sollten, aus Mangel an Kohle völlig zu feiern, so werden sie sich trotzdem der Pflicht, die Arbeiter zu bezahlen, unter den gegebenen Verhältnissen nicht entziehen können. Entweder also gehen die Unternehmer vollkommen zu Grunde oder die Arbeiter verfallen der Arbeitslosigkeit.

So geht es unmöglich weiter. Es ist ohnehin nicht leicht, die Arbeitstätigkeit jetzt aufrechtzuerhalten. Es mangelt an Rohstoffen, um wichtige Friedensindustrien sofort in Angriff zu nehmen. Die Transportmittel sind knapp. Es ist auch erklärlich, daß die Revolutionsstimmung selbst bei dem feineren Bewußtsein der Arbeiter die Arbeitsfähigkeit herabmindert. Aber schließlich muß doch ein gewisses Maß von Erzeugung zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens, zur Durchführung der Ernährung geleistet werden.

Theoretisch kann die Arbeitszeit immer weiter herabgesetzt werden. Theoretisch kann auch jedes Unternehmen jeden Lohn zahlen. Und wenn der Arbeitgeber verkracht ist, kann der Arbeiter von den Arbeitslosenunterstützungen des Staates und der Gemeinde leben. Aber in der Praxis erschöpfen sich alle diese Möglichkeiten eines Tages. Das deutsche Volk ist sich auf diese Weise schließlich auf. Als letzte Etappe bleibt dann die Beschlagnahme von Vorräten und Kleidungsstücken, die in den privaten Haushalten der verschiedensten Bevölkerungsschichten noch vorhanden sind. Damit ist für wenige Wochen, vielleicht für Tage, geholfen. Bald aber muß aus der verödeten Wirtschaftswelt das Hungergespenst hervorgrinsen. Dann droht das Chaos, in das schließlich das Deutsche Reich versinkt.

Der Arbeiter hat ein Recht auf Arbeit. Er hat Revolution gemacht, um sich an dem Ertrag seiner Arbeit einen